

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1973	Ausgegeben zu Wiesbaden am 29. Mai 1973	Nr. 11
Tag	Inhalt	Seite
23. 5. 73	Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung <i>Andert GVBl. II 310-10</i>	160
23. 5. 73	Gesetz über Zuständigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm <i>GVBl. II 65-8</i>	161
23. 5. 73	Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzrechts und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften <i>Andert GVBl. II 331-1, 332-1, 300-5, 232-7 und 334-7</i>	161
23. 5. 73	Gesetz über die Amtsbezeichnung von Fachhochschullehrern <i>GVBl. II 70-47</i>	171
23. 5. 73	Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung <i>Andert GVBl. II 212-5</i>	172
23. 5. 73	Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz <i>GVBl. II 73-5</i>	173
21. 5. 73	Verordnung über die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 18 des Abfallbeseitigungsgesetzes <i>GVBl. II 89-2</i>	174
21. 5. 73	Anordnung über Zuständigkeiten nach der Druckluftverordnung <i>GVBl. II 91-20</i>	175
4. 5. 73	Verordnung über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren bei Organschaftsverhältnissen <i>GVBl. II 42-30</i>	175
16. 4. 73	Anordnung zur Übertragung der Entscheidungsbefugnis nach § 27 der Hessischen Laufbahnverordnung im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik <i>GVBl. II 322-64</i>	176
16. 4. 73	Anordnung über die Zuständigkeiten bei der Ernennung, Abordnung und Versetzung der Beamten des Landes Hessen und der Beendigung des Beamtenverhältnisses im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik <i>GVBl. II 322-65</i>	177
8. 5. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen <i>Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 131</i>	178
15. 5. 73	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie <i>Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 123</i>	178

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Änderung des Hessischen Gesetzes
über die öffentliche Sicherheit und Ordnung*)**

Vom 23. Mai 1973

Artikel 1

Das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) in der Fassung vom 26. Januar 1972 (GVBl. I S. 24) wird wie folgt geändert:

1. § 18 Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. sie zur Begehung einer mit Strafe oder Geldbuße bedrohten Handlung gebraucht oder verwertet werden sollen,“

2. Als § 45 a wird eingefügt:

„§ 45 a

Erkennungsdienst

(1) Maßnahmen zum Zweck des Erkennungsdienstes darf die Vollzugs-polizei ohne Einwilligung des Betroffenen außer im Falle des § 81 b der Strafprozeßordnung vornehmen, wenn

1. die Identität des Betroffenen auf andere Weise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann oder
2. dies zur vorbeugenden Bekämpfung von Verbrechen oder Vergehen erforderlich ist.

(2) Maßnahmen nach Abs. 1 Nr. 2 sind nur zulässig,

1. wenn der Betroffene Handlungen begangen hat, die als Verbrechen oder Vergehen mit Strafe bedroht sind und wegen der Art oder Ausführung dieser Handlungen die Gefahr der gewohnheits- oder gewerbsmäßigen Wiederholung besteht, oder
2. wenn der Betroffene eine Handlung begangen hat, die als Verbrechen oder Vergehen mit Strafe bedroht ist, und wenn wegen ihrer Art oder ihrer Ausführung und der besonderen Wiederholungsgefahr ein erhöhtes Schutzbedürfnis der Allgemeinheit besteht.“
3. § 46 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

Der Punkt wird durch ein Semikolon ersetzt und danach folgender Satz angefügt:

„dies gilt auch für mit Geldbuße bedrohte Handlungen, die eine erhebliche Gefahr oder eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung darstellen.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1973 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 23. Mai 1973

Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

*) Ändert GVBl. II 310-10

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
über Zuständigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm*)**

Vom 23. Mai 1973

§ 1

(1) Für die Zulassung von Ausnahmen nach § 5 Abs. 1 Satz 2 und für die Festsetzung der Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen nach § 10 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 282) ist die untere Bauaufsichtsbehörde zuständig.

(2) Wird über die Rechtmäßigkeit von Einrichtungen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 oder von baulichen Schallschutzmaßnahmen nach § 9 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm in einem Zustimmungsverfahren

nach den §§ 64 und 73 der Hessischen Bauordnung vom 6. Juli 1957 (GVBl. S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 1971 (GVBl. I S. 191), befunden, so ist für die Verwaltungsakte nach Abs. 1 die Zustimmungsbehörde zuständig.

(3) Über Ausnahmen nach § 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm ist im Benehmen mit der Hessischen Landesanstalt für Umwelt zu befinden.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 23. Mai 1973

Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

*) GVBl. II 65-8

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts und anderer
kommunalrechtlicher Vorschriften**

Vom 23. Mai 1973

Artikel 1¹⁾

Die Hessische Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103, 164), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juni 1972 (GVBl. I S. 141), wird wie folgt geändert:

1. § 51 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 5 werden die Worte „die Feststellung des Stellenplans und“ gestrichen.
- b) In Nr. 7 werden die Worte „die Feststellung des Haushaltsplans“ durch die Worte „die Festsetzung des Investitionsprogramms“ ersetzt.
- c) Nr. 8 erhält folgende Fassung:
„8. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßi-

gen Ausgaben nach näherer Maßgabe des § 100“.

- d) In Nr. 15 wird das Wort „Darlehen“ durch das Wort „Krediten“ ersetzt.
2. In § 66 Abs. 1 Satz 3 Buchst. f werden hinter die Worte „den Haushaltsplan“ die Worte „und das Investitionsprogramm“ eingefügt.
3. In § 73 Abs. 1 wird der Punkt nach Satz 2 durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
„Abweichungen sind nur zulässig, soweit sie auf Grund des Besoldungs- oder Tarifrechts zwingend erforderlich sind.“.
4. Der Sechste Teil wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer I. Abschnitt eingefügt:

1) Ändert GVBl. II 331-1

„I. Abschnitt

Haushaltswirtschaft

§ 92

Allgemeine Haushaltsgrundsätze

(1) Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, daß die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.

(2) Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen.

(3) Der Haushalt soll in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein.

§ 93

Grundsätze der Einnahmenbeschaffung

(1) Die Gemeinde erhebt Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften.

(2) Die Gemeinde hat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen

1. soweit vertretbar und geboten aus Entgelten für ihre Leistungen,

2. im übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen.

(3) Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre.

§ 94

Haushaltssatzung

(1) Die Gemeinde hat für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen.

(2) Die Haushaltssatzung enthält die Festsetzung

1. des Haushaltsplans unter Angabe des Gesamtbetrages

a) der Einnahmen und der Ausgaben des Haushaltsjahres,

b) der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung),

c) der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen),

2. des Höchstbetrages der Kassenkredite,

3. der Steuersätze, die für jedes Haushaltsjahr festzusetzen sind.

Sie kann weitere Vorschriften enthalten, die sich auf die Einnahmen und Ausgaben und den Stellenplan des Haushaltsjahres beziehen.

(3) Die Haushaltssatzung tritt mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft und gilt für das Haushaltsjahr. Sie kann Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt, enthalten.

(4) Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr, soweit für einzelne Bereiche durch Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist.

§ 95

Haushaltsplan

(1) Der Haushaltsplan ist Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde. Er ist nach Maßgabe dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften für die Haushaltsführung verbindlich.

(2) Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde

1. zu erwartenden Einnahmen,

2. voraussichtlich zu leistenden Ausgaben und

3. voraussichtlich benötigten Verpflichtungsermächtigungen.

Die Vorschriften über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Sondervermögen der Gemeinde bleiben unberührt.

(3) Der Haushaltsplan ist in einen Verwaltungshaushalt und in einen Vermögenshaushalt zu gliedern. Der Stellenplan für die Beamten, Angestellten und Arbeiter ist Teil des Haushaltsplans.

§ 96

Wirkungen des Haushaltsplans

(1) Der Haushaltsplan ermächtigt den Gemeindevorstand, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.

(2) Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

§ 97

Erlaß der Haushaltssatzung

(1) Der Gemeindevorstand stellt den Entwurf der Haushaltssatzung fest und legt ihn der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlußfassung vor. Ist ein Beigeordneter für die Verwaltung des Finanzwesens bestellt, so bereitet er den Entwurf vor. Er ist berech-

tigt, seine abweichende Stellungnahme zu dem Entwurf des Gemeindevorstandes der Gemeindevertretung vorzulegen.

(2) Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist unverzüglich nach der Vorlage an die Gemeindevertretung, spätestens am zwölften Tag vor der Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung, an sieben Tagen öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist vorher öffentlich bekanntzumachen.

(3) Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird von der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. Er soll vorher in den zuständigen Ausschüssen der Gemeindevertretung eingehend behandelt werden. In der Beratung kann der mit der Verwaltung des Finanzwesens betraute Beigeordnete seine abweichende Auffassung vertreten.

(4) Die von der Gemeindevertretung beschlossene Haushaltssatzung ist mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Vorlage soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen.

(5) Im Anschluß an die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist der Haushaltsplan an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen. Enthält die Haushaltssatzung genehmigungsbedürftige Teile, so ist sie erst nach der Erteilung der Genehmigung bekanntzumachen.

§ 98

Nachtragssatzung

(1) Die Haushaltssatzung kann nur durch Nachtragssatzung geändert werden, die bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen ist.

(2) Die Gemeinde hat unverzüglich eine Nachtragssatzung zu erlassen, wenn

1. sich zeigt, daß trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann,
2. bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den gesamten Ausgaben erheblichen Umfang geleistet werden müssen,
3. Ausgaben für bisher nicht veranschlagte Investitionen oder

Investitionsförderungsmaßnahmen geleistet werden sollen,

4. Beamte, Angestellte oder Arbeiter eingestellt, befördert oder in eine höhere Vergütungs- oder Lohngruppe eingestuft werden sollen und der Stellenplan die hierzu notwendigen Stellen nicht enthält.

(3) Abs. 2 Nr. 2 bis 4 findet keine Anwendung auf

1. Bauten, für die unerhebliche Ausgaben zu leisten sind, sowie auf Instandsetzungen an Bauten und Anlagen, die unabweisbar sind,
2. Abweichungen vom Stellenplan und die Leistung höherer Personalausgaben, die auf Grund einer Änderung des Besoldungs- oder Tarifrechts notwendig werden.

(4) Im übrigen gilt § 97 entsprechend.

§ 99

Vorläufige Haushaltsführung

(1) Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekanntgemacht, so darf die Gemeinde

1. die Ausgaben leisten, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen des Vermögenshaushalts fortsetzen, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren;
2. die Steuern, deren Sätze für jedes Haushaltsjahr festzusetzen sind, nach den Sätzen des Vorjahres erheben.

(2) Reichen die Deckungsmittel für die Fortsetzung der Bauten, der Beschaffungen und der sonstigen Leistungen des Vermögenshaushalts nach Abs. 1 Nr. 1 nicht aus, so darf die Gemeinde mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Kredite bis zu einem Viertel der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Kredite aufnehmen. § 103 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(3) Der Stellenplan des Vorjahres gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das neue Haushaltsjahr bekanntgemacht ist.

§ 100

Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben

(1) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sind nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen

und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Sie dürfen nur geleistet werden, wenn die Gemeindevertretung vorher zugestimmt hat. In Fällen, die keinen Aufschub dulden, oder bei unerheblichen überplanmäßigen oder unerheblichen außerplanmäßigen Ausgaben kann der Gemeindevorstand die Zustimmung zur Leistung dieser Ausgaben erteilen; er hat der Gemeindevertretung davon alsbald Kenntnis zu geben.

(2) Für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die im folgenden Jahr fortgesetzt werden, sind überplanmäßige Ausgaben auch dann zulässig, wenn ihre Deckung im laufenden Jahr nur durch Erlaß einer Nachtragssatzung möglich wäre, die Deckung aber im folgenden Jahr gewährleistet ist. Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(3) Die Abs. 1 und 2 gelten auch für Maßnahmen, durch die überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben entstehen können.

(4) § 98 Abs. 2 bleibt unberührt.

§ 101

Finanzplanung

(1) Die Gemeinde hat ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr.

(2) Im Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen. Der Minister des Innern hat hierzu im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen rechtzeitig Orientierungsdaten bekanntzugeben.

(3) Als Grundlage für die Finanzplanung stellt der Gemeindevorstand den Entwurf eines Investitionsprogramms auf. Das Investitionsprogramm wird von der Gemeindevertretung beschlossen. Ist ein Beigeordneter für die Verwaltung des Finanzwesens bestellt, so bereitet er den Entwurf vor. Er ist berechtigt, seine abweichende Stellungnahme zu dem Entwurf des Gemeindevorstandes der Gemeindevertretung vorzulegen.

(4) Der Finanzplan ist der Gemeindevertretung spätestens mit dem Entwurf der Haushaltssatzung zur Unterrichtung vorzulegen.

(5) Der Finanzplan und das Investitionsprogramm sind jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

(6) Die Gemeinde soll rechtzeitig geeignete Maßnahmen treffen, die nach der Finanzplanung erforderlich sind, um eine geordnete Haushaltsentwicklung unter Berücksichtigung ihrer voraussichtlichen Leistungsfähigkeit in den einzelnen Planungsjahren zu sichern.

§ 102

Verpflichtungsermächtigungen

(1) Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen dürfen nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan hierzu ermächtigt.

(2) Verpflichtungsermächtigungen dürfen in der Regel nur zu Lasten der dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden, in Ausnahmefällen bis zum Abschluß einer Maßnahme; sie sind nur zulässig, wenn die Finanzierung der aus ihrer Inanspruchnahme entstehenden Ausgaben in den künftigen Haushalten gesichert erscheint.

(3) Verpflichtungsermächtigungen gelten bis zum Ende des Haushaltsjahres und, wenn die Haushaltssatzung für das folgende Haushaltsjahr nicht rechtzeitig öffentlich bekanntgemacht wird, bis zur Bekanntmachung dieser Haushaltssatzung.

(4) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, soweit in den Jahren, zu deren Lasten sie veranschlagt sind, Kreditaufnahmen vorgesehen sind.

§ 103

Kredite

(1) Kredite dürfen unbeschadet des § 93 Abs. 3 nur im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden.

(2) Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Gesamtgenehmigung). Die Genehmigung soll nach den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt oder versagt werden; sie kann unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Die Genehmigung ist in der Regel zu versagen, wenn festgestellt wird, daß die Kreditverpflichtungen nicht mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde im Einklang stehen.

(3) Die Kreditermächtigung gilt bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und, wenn die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr nicht rechtzeitig bekanntgemacht wird, bis zur Bekanntmachung dieser Haushaltssatzung.

(4) Die Aufnahme der einzelnen Kredite, deren Gesamtbetrag nach Abs. 2 genehmigt worden ist, bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Einzelgenehmigung),

1. wenn die Kreditaufnahmen nach § 19 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 beschränkt worden sind;
2. wenn sich die Aufsichtsbehörde dies im Einzelfall wegen der Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde in der Gesamtgenehmigung vorbehalten hat.

Im Fall der Nr. 1 kann die Genehmigung nur nach Maßgabe der Kreditbeschränkungen versagt werden.

(5) Der Minister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen durch Rechtsverordnung regeln, daß die Aufnahme von Krediten von der Genehmigung (Einzelgenehmigung) der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht wird mit der Maßgabe, daß die Genehmigung versagt werden kann, wenn die Kreditbedingungen die Entwicklung am Kreditmarkt ungünstig beeinflussen oder die Versorgung der Gemeinden mit Krediten zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen stören könnten. Eine Rechtsverordnung nach Satz 1 ist unverzüglich nach ihrer Verkündung dem Landtag mitzuteilen. Sie ist aufzuheben, wenn es der Landtag verlangt.

(6) Die Aufnahme eines vom Lande Hessen gewährten Kredits bedarf keiner Einzelgenehmigung, wenn an der Bewilligung der Minister des Innern beteiligt ist.

(7) Die Begründung einer Zahlungsverpflichtung, die wirtschaftlich einer Kreditverpflichtung gleichkommt, bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Abs. 2 Satz 2 und 3 und Abs. 6 gelten sinngemäß. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich für die Begründung von Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der laufenden Verwaltung.

(8) Die Gemeinde darf zur Sicherung des Kredits keine Sicherheiten bestellen. Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen, wenn die Bestellung von Sicherheiten der Verkehrsübung entspricht.

§ 104

Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte

(1) Die Gemeinde darf keine Sicherheiten zugunsten Dritter bestellen. Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(2) Die Gemeinde darf Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen nur im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben übernehmen. Die Rechtsgeschäfte bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, soweit sie nicht im Rahmen der laufenden Verwaltung abgeschlossen werden; § 103 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(3) Abs. 2 gilt sinngemäß für Rechtsgeschäfte, die den im Abs. 2 genannten Rechtsgeschäften wirtschaftlich gleichkommen, insbesondere für die Zustimmung zu Rechtsgeschäften Dritter, aus denen der Gemeinde in künftigen Haushaltsjahren Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben erwachsen können.

(4) Die oberste Aufsichtsbehörde kann die Genehmigung allgemein erteilen, insbesondere für Rechtsgeschäfte, die

1. von der Gemeinde zur Förderung des Städte- und Wohnungsbaus abgeschlossen werden,
2. für den Haushalt der Gemeinde keine besondere Belastung bedeuten.

§ 105

Kassenkredite

(1) Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Ausgaben kann die Gemeinde Kassenkredite bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit für die Kasse keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zur Bekanntmachung der neuen Haushaltssatzung.

(2) Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde, wenn er ein Fünftel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen übersteigt.

§ 106

Rücklagen

Die Gemeinde hat zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und für Zwecke des Vermögenshaushalts Rücklagen in angemessener Höhe zu bilden. Rücklagen für andere Zwecke sind zulässig. Die Bildung von Rücklagen darf, soweit nicht

etwas anderes bestimmt ist, nur unterbleiben, wenn andernfalls der Ausgleich des Haushalts gefährdet wäre.

§ 107

Haushaltswirtschaftliche Sperre

Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben es erfordert, kann der Gemeindevorstand es von seiner Einwilligung abhängig machen, ob Verpflichtungen eingegangen oder Ausgaben geleistet werden.

§ 108

Erwerb und Verwaltung von Vermögen

(1) Die Gemeinde soll Vermögensgegenstände nur erwerben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit erforderlich ist.

(2) Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.

§ 109

Veräußerung von Vermögen

(1) Die Gemeinde darf Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, veräußern. Vermögensgegenstände dürfen in der Regel nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden.

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die Überlassung der Nutzung eines Vermögensgegenstandes.

(3) Die Gemeinde bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn sie

1. Vermögensgegenstände unentgeltlich veräußert, soweit die Veräußerung nicht zur Erfüllung herkömmlicher Anstandspflichten erforderlich ist,
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte verkauft oder tauscht,
3. Rechtsgeschäfte, die den in Nr. 2 genannten Rechtsgeschäften wirtschaftlich gleichkommen, abschließt,
4. über Sachen, die einen besonderen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Wert haben, verfügt oder solche Sachen wesentlich verändert.

(4) Der Minister des Innern kann durch Rechtsverordnung Rechtsgeschäfte von der Genehmigungspflicht nach Abs. 3 freistellen, wenn sie zur Erfüllung bestimmter Auf-

gaben abgeschlossen werden oder regelmäßig wiederkehren oder wenn bestimmte Wertgrenzen oder Grundstücksgrößen nicht überschritten werden.

§ 110

Gemeindekasse

(1) Die Gemeindekasse erledigt alle Kassengeschäfte der Gemeinde; § 117 bleibt unberührt. Die Buchführung kann von den Kassengeschäften abgetrennt werden.

(2) Die Gemeinde hat, wenn sie ihre Kassengeschäfte nicht durch eine Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen läßt, einen Kassenverwalter und einen Stellvertreter zu bestellen.

(3) Der Kassenverwalter und sein Stellvertreter können hauptamtlich oder ehrenamtlich angestellt werden. Die anordnungsbefugten Gemeindebediensteten sowie der Leiter und die Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes können nicht gleichzeitig die Aufgaben eines Kassenverwalters oder seines Vertreters wahrnehmen.

(4) Der Kassenverwalter und sein Stellvertreter dürfen miteinander oder mit dem Bürgermeister, den Beigeordneten sowie dem Leiter und den Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes nicht bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert oder durch Adoption oder Ehe verbunden sein. § 43 Abs. 2 Satz 2 bis 4 gilt sinngemäß.

(5) Der Kassenverwalter, sein Stellvertreter und die anderen in der Gemeindekasse beschäftigten Bediensteten sind nicht befugt, Zahlungen anzuordnen.

§ 111

Übertragung von Kassengeschäften, Automation

(1) Die Gemeinde kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Kassengeschäfte ganz oder teilweise von einer Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen lassen, wenn die ordnungsgemäße Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet sind. Die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit bleiben unberührt.

(2) Werden die Kassengeschäfte ganz oder teilweise unter Einsatz automatischer Datenverarbeitungsanlagen erledigt, so ist den für die Prüfung zuständigen Stellen Gelegenheit zu geben, die Verfahren vor ihrer Anwendung zu prüfen.

(3) Die Übertragung von Kassengeschäften an die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung oder an ein Kommunales Gebietsrechenzentrum bedarf keiner Genehmigung.

§ 112

Jahresrechnung

(1) In der Jahresrechnung ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Schulden zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Die Jahresrechnung ist durch einen Bericht zu erläutern.

(2) Der Gemeindevorstand soll die Jahresrechnung innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufstellen.

§ 113

Vorlage an Gemeindevertretung

Nach Abschluß der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt (§ 128) legt der Gemeindevorstand die Rechnung mit dem Schlußbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlußfassung vor.

§ 114

Entlastung

(1) Die Gemeindevertretung beschließt über die vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresrechnung bis spätestens 31. Dezember des zweiten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und entscheidet zugleich über die Entlastung des Gemeindevorstandes. Verweigert die Gemeindevertretung die Entlastung oder spricht sie die Entlastung mit Einschränkungen aus, so hat sie dafür die Gründe anzugeben.

(2) Der Beschluß über die Jahresrechnung und die Entlastung ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und öffentlich bekanntzumachen. Im Anschluß an die Bekanntmachung ist die Jahresrechnung mit Erläuterungsbericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen."

b) Es wird folgender neuer II. Abschnitt eingefügt:

„II. Abschnitt

**Sondervermögen,
Treuhandvermögen**

§ 115

Sondervermögen

(1) Sondervermögen der Gemeinde sind

1. das Gemeindegliedervermögen und das Gemeindegliederklassenvermögen (§ 119),
2. das Vermögen der rechtlich unselbständigen örtlichen Stiftungen,
3. wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und öffentliche Einrichtungen, für die auf Grund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden,
4. rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.

(2) Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 1 und 2 unterliegen den Vorschriften über die Haushaltswirtschaft. Sie sind im Haushalt der Gemeinde gesondert nachzuweisen.

(3) Auf Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 3 sind die Vorschriften der §§ 92, 93, 101 bis 105, 108 und 109 sinngemäß anzuwenden.

(4) Für Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 4 sind besondere Haushaltspläne aufzustellen und Sonderrechnungen zu führen. Die Vorschriften des I. Abschnitts sind mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle der Haushaltssatzung der Beschluß über den Haushaltsplan tritt und von der öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung nach § 97 Abs. 2 und 5 abgesehen werden kann. Anstelle eines Haushaltsplans können ein Wirtschaftsplan aufgestellt und die für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften sinngemäß angewendet werden; Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 116

Treuhandvermögen

(1) Für rechtlich selbständige örtliche Stiftungen sowie für Vermögen, die die Gemeinde nach besonderem Recht treuhänderisch zu verwalten hat, sind besondere Haushaltspläne aufzustellen und Sonderrechnungen zu führen. § 115 Abs. 4 Satz 2 und 3 gilt sinngemäß.

(2) Geringfügiges Treuhandvermögen kann im Haushalt der Gemeinde gesondert nachgewiesen werden; es unterliegt den Vorschriften über die Haushaltswirtschaft.

(3) Mündelvermögen sind abweichend von Abs. 1 und 2 nur in der Jahresrechnung nachzuweisen.

(4) Besondere gesetzliche Vorschriften oder Bestimmungen des Stifters bleiben unberührt.

§ 117

Sonderkassen

Für Sondervermögen und Treuhandvermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden, sind Sonderkassen einzurichten. Sie sollen mit der Gemeindekasse verbunden werden. § 111 gilt sinngemäß.

§ 118

Freistellung von der Finanzplanung

Der Minister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen Sondervermögen und Treuhandvermögen von den Verpflichtungen des § 101 freistellen, soweit die Zahlen der Finanzplanung weder für die Haushalts- oder Wirtschaftsführung noch für die Finanzstatistik benötigt werden.

§ 119

Gemeindegliedervermögen

(1) Gemeindevermögen, dessen Ertrag nach bisherigem Recht nicht der Gemeinde, sondern sonstigen Berechtigten zusteht (Gemeindegliedervermögen, Gemeindegliederklassenvermögen), darf nicht in Privatvermögen der Nutzungsberechtigten umgewandelt werden.

(2) Gemeindevermögen darf nicht in Gemeindegliedervermögen oder Gemeindegliederklassenvermögen umgewandelt werden.

§ 120

Örtliche Stiftungen

(1) Örtliche Stiftungen verwaltet die Gemeinde nach den Vorschriften dieses Gesetzes, soweit nicht durch Gesetz oder Stiftungsurkunde anderes bestimmt ist. Das Stiftungsvermögen ist von dem übrigen Vermögen getrennt zu halten und so anzulegen, daß es für seinen Verwendungszweck greifbar ist.

(2) Ist die Erfüllung des Stiftungszwecks unmöglich geworden oder gefährdet die Stiftung das Gemeinwohl, so sind die Vorschriften des § 87 des Bürgerlichen Gesetzbuches anzuwenden. Die Änderung des Stiftungszwecks, die Zusammenlegung und die Aufhebung von rechtlich unselbständigen Stiftungen stehen der Gemeinde zu; sie bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(3) Gemeindevermögen darf nur im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gemeinde und nur dann in Stiftungsvermögen eingebracht werden, wenn der mit der Stiftung verfolgte Zweck auf andere Weise nicht erreicht werden kann."

c) Der bisherige I. Abschnitt wird gestrichen.

d) Der bisherige II. Abschnitt wird III. Abschnitt; die bisherigen §§ 98 bis 104 werden §§ 121 bis 127.

e) Im neuen § 122 Abs. 1 wird die Verweisung „§ 98" durch die Verweisung „§ 121" ersetzt.

f) Der bisherige III. Abschnitt und der IV. Abschnitt werden gestrichen.

g) Der V. Abschnitt wird IV. Abschnitt; die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Prüfungswesen".

h) Die bisherigen §§ 123 bis 125, 127, 128 und 133 werden gestrichen.

i) § 126 wird § 128 und erhält folgende Fassung:

„§ 128

Prüfung der Jahresrechnung

(1) In Gemeinden, für die ein Rechnungsprüfungsamt besteht, prüft dieses die Rechnung mit allen Unterlagen daraufhin, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,
4. die Vermögensrechnung richtig geführt ist.

(2) Das Rechnungsprüfungsamt faßt das Ergebnis seiner Prüfung in einem Schlußbericht zusammen.

(3) In Gemeinden, für die kein Rechnungsprüfungsamt besteht, werden dessen Aufgaben durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises wahrgenommen. Zum Ausgleich der Kosten, die dem Landkreis durch diese Prüfungstätigkeit entstehen, können Prüfungsgebühren erhoben werden."

j) § 130 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

In Satz 3 wird die Verweisung „§ 123 Abs. 2 und 3" ersetzt durch die Verweisung „§ 110 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4".

k) § 131 erhält folgende Fassung:

„§ 131

Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes

(1) Das Rechnungsprüfungsamt hat folgende Aufgaben:

1. die Prüfung der Jahresrechnung (§ 128),
2. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur

Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung,

3. die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und der Eigenbetriebe einschließlich der Sonderkassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen,
4. bei Einsatz automatischer Datenverarbeitungsanlagen im Finanzwesen die Prüfung der Verfahren vor ihrer Anwendung, soweit nicht der Minister des Innern Ausnahmen zuläßt,
5. die Prüfung der Finanzvorfälle gemäß § 56 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969,
6. im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben der Nr. 1 bis 5 zu prüfen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wird.

(2) Der Gemeindevorstand, der Bürgermeister, der für die Verwaltung des Finanzwesens bestellte Beigeordnete und die Gemeindevertretung können dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen, insbesondere

1. die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,
2. die Prüfung von Anordnungen vor ihrer Zuleitung an die Kasse,
3. die Prüfung von Auftragsvergaben,
4. die Prüfung der Verwaltung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,
5. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe,
6. die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist,
7. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, die sich die Gemeinde bei einer Beteiligung, bei der Hingabe eines Kredits oder sonst vorbehalten hat."

l) Der VI. Abschnitt wird V. Abschnitt.

m) § 134 erhält folgende Fassung:

„§ 134

Unwirksame und nichtige Rechtsgeschäfte

(1) Rechtsgeschäfte, die ohne die auf Grund dieses Gesetzes erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde abgeschlossen werden, sind unwirksam.

(2) Rechtsgeschäfte, die gegen das Verbot des § 103 Abs. 8, des § 104 Abs. 1 oder des § 127 verstoßen, sind nichtig."

n) § 154 wird wie folgt geändert:

aa) Das Semikolon in Abs. 2 wird durch einen Punkt ersetzt; der 2. Halbsatz wird gestrichen.

bb) Als neue Abs. 3 und 4 werden angefügt:

„(3) Der Minister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen durch Rechtsverordnung regeln:

1. Inhalt und Gestaltung des Haushaltsplans, des Finanzplans und des Investitionsprogramms sowie die Haushaltsführung und die Haushaltsüberwachung; dabei kann er bestimmen, daß Einnahmen und Ausgaben, für die ein Dritter Kostenträger ist oder die von einer zentralen Stelle angenommen oder ausgezahlt werden, nicht im Haushalt der Gemeinde abzuwickeln und daß für Sanierungs-, Entwicklungs- und Umlegungsmaßnahmen Sonderrechnungen zu führen sind,
2. die Veranschlagung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für einen vom Haushaltsjahr abweichenden Wirtschaftszeitraum,
3. die Bildung, Inanspruchnahme und Verwendung von Rücklagen sowie deren Mindesthöhe,
4. die Erfassung, den Nachweis, die Bewertung und die Fortschreibung der Vermögensgegenstände und der Schulden; dabei kann er bestimmen, daß die Vermögensrechnung auf Einrichtungen beschränkt werden darf, die in der Regel und überwiegend aus Entgelten finanziert werden,
5. die Geldanlagen und ihre Sicherung,
6. die Ausschreibung von Lieferungen und Leistungen sowie die Vergabe von Aufträgen,
7. die Stundung und Niederschlagung sowie den Erlaß von Ansprüchen und die Behandlung von Kleinbeträgen,
8. Inhalt und Gestaltung der Jahresrechnung sowie die Abdeckung von Fehlbeträgen,
9. die Aufgaben und Organisation der Gemeindekasse und der Sonderkassen, deren Beaufsichtigung und Prüfung sowie die Abwick-

lung des Zahlungsverkehrs und die Buchführung,

10. die Prüfung von Verfahren der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Finanzwesens,
11. die Besetzung von Stellen mit Beamten, Angestellten und Arbeitern.

(4) Die Ermächtigung nach Abs. 3 schließt die Befugnis ein, zur Vergleichbarkeit der Haushalte Muster für verbindlich zu erklären, insbesondere für

1. die Haushaltssatzung und ihre Bekanntmachung,
2. die Gliederung und Gruppierung des Haushaltsplans und des Finanzplans,
3. die Form des Haushaltsplans und seiner Anlagen, des Finanzplans und des Investitionsprogramms,
4. die Gliederung, Gruppierung und Form der Vermögensnachweise,
5. die Zahlungsanordnungen, die Buchführung sowie die Jahresrechnung und ihre Anlagen."

Artikel 2²⁾

Die Hessische Landkreisordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 131), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juni 1972 (GVBl. I S. 141), wird wie folgt geändert:

1. § 30 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 4 werden die Worte „die Feststellung des Stellenplans und“ gestrichen.
 - b) In Nr. 6 werden die Worte „die Feststellung des Haushaltsplans“ ersetzt durch die Worte „die Festsetzung des Investitionsprogramms“.
 - c) Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben,“.
 - d) In Nr. 12 wird das Wort „Darlehen“ durch das Wort „Krediten“ ersetzt.
2. In § 41 Satz 3 Buchst. f werden hinter die Worte „den Haushaltsplan“ die Worte „und das Investitionsprogramm“ eingefügt.
3. In § 46 Abs. 1 wird der Punkt nach Satz 2 durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„Abweichungen sind nur zulässig, soweit sie auf Grund des Besoldungs- oder Tarifrechts zwingend erforderlich sind.“.

²⁾ Ändert GVBl. II 332-1
³⁾ Ändert GVBl. II 300-5
⁴⁾ Ändert GVBl. II 232-7
⁵⁾ Ändert GVBl. II 334-7

4. In § 52 Abs. 1 wird die Verweisung „§§ 96, 115“ durch die Verweisung „§§ 93 Abs. 2 Nr. 2, 119“ ersetzt.

Artikel 3³⁾

Das Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Februar 1973 (GVBl. I S. 55), wird wie folgt geändert:

1. § 12 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. den Haushaltsplan und das Investitionsprogramm des Landeswohlfahrtsverbandes sowie die Höhe der Umlage (§ 20),“.
 - b) Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 10 000 Deutsche Mark,“.
 - c) In Nr. 7 wird das Wort „Darlehen“ durch das Wort „Krediten“ ersetzt.
2. § 13 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 7 werden hinter die Worte „den Haushaltsplan“ die Worte „und das Investitionsprogramm“ eingefügt.
 - b) Nr. 8 erhält folgende Fassung:

„8. über die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu 10 000 Deutsche Mark im Einzelfalle zu entscheiden,“.
3. § 22 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Wirtschaftsführung des Landeswohlfahrtsverbandes gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung mit Ausnahme der §§ 93 Abs. 1 und 2 Nr. 2, 119 und 129 und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4 der Hessischen Gemeindeordnung) entsprechend.“.

Artikel 4⁴⁾

Das Hessische Stiftungsgesetz vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) wird wie folgt geändert:

1. § 18 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Verwaltung der örtlichen Stiftungen bestimmt sich nach den §§ 116 und 120 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung.“.
2. In § 18 Abs. 3 wird die Verweisung „§ 97 Abs. 2“ durch die Verweisung „§ 120 Abs. 2“ ersetzt.

Artikel 5⁵⁾

Das Gesetz über kommunale Abgaben (KAG) vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1972 (GVBl. I S. 235), wird wie folgt geändert:

- In § 10 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „des aufgewandten Eigenkapitals und

der Zinsaufwand für das Fremdkapital" ersetzt durch die Worte „des Anlagekapitals“.

Artikel 6

Der Minister des Innern wird ermächtigt, den Wortlaut der Hessischen Gemeindeordnung in der vom 1. Januar 1974 an geltenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 7

(1) Dieses Gesetz ist erstmals bei Aufstellung der Haushaltspläne für das Haushaltsjahr 1974 anzuwenden.

(2) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1974 in Kraft. Vorschriften, die zum Erlaß von Rechtsverordnungen ermächtigen, treten am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 23. Mai 1973

Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz über die Amtsbezeichnung von Fachhochschullehrern*)

Vom 23. Mai 1973

Artikel 1¹⁾

Anderung des Hessischen Besoldungsgesetzes

Die Besoldungsordnung H in der Anlage I zum Hessischen Besoldungsgesetz in der Fassung vom 6. Juni 1972 (GVBl. I S. 164), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2001), wird wie folgt geändert:

1. In der Besoldungsgruppe H 2 wird eingefügt:

„Professor an einer Fachhochschule²⁾³⁾⁴⁾“,

„Professor an einer Fachhochschule in einer Gesamthochschule.“

2. In der Besoldungsgruppe H 3 wird eingefügt:

„Professor an einer Fachhochschule⁵⁾⁶⁾⁷⁾“,

„Professor an einer Fachhochschule in einer Gesamthochschule.“

Artikel 2²⁾

Anderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes

Das Hessische Personalvertretungsgesetz in der Fassung vom 19. Februar 1970 (GVBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1972 (GVBl. I S. 233), wird wie folgt geändert:

1. § 75 Abs. 2 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen mit mehr als zwanzig Planstellen für Lehrkräfte.“

2. § 81 Abs. 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„(1) Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Professoren und Dozenten an Gesamthochschulen, Universitäten, Kunsthochschulen und dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Professoren an Fachhochschulen sowie Fachhochschullehrer an Fachhochschulen und Gesamthochschulen.

(2) Für die wissenschaftlichen Bediensteten an Gesamthochschulen und Universitäten, die künstlerischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Bediensteten an Kunsthochschulen sowie die sonstigen Lehrer an Fachhochschulen und Gesamthochschulen gilt § 3 Abs. 2 nicht. Sie bilden neben den in § 3 Abs. 2 genannten Gruppen eine weitere Gruppe.“

3. § 86 wird gestrichen.

Artikel 3³⁾

Anderung des Fachhochschulgesetzes

Das Fachhochschulgesetz vom 15. Juli 1970 (GVBl. I S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 1972 (GVBl. I S. 389), wird wie folgt geändert:

In § 32 Abs. 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Fachhochschullehrer“ die Worte „(Professoren an einer Fachhochschule)“ eingefügt.

*) GVBl. II 70-47

1) Ändert GVBl. II 323-2

2) Ändert GVBl. II 326-2

3) Ändert GVBl. II 70-15

Artikel 4

Verleihung der Amtsbezeichnung

(1) Der Kultusminister kann Fachhochschullehrern der Besoldungsgruppen H 2 und H 3,

1. die an einer Fachhochschule tätig sind, die Amtsbezeichnung Professor an einer Fachhochschule,
2. die an einer Gesamthochschule tätig sind, die Amtsbezeichnung Professor an einer Fachhochschule in einer Gesamthochschule

unter Beibehaltung ihrer Besoldungsgruppe verleihen. Voraussetzung ist,

daß sich der Fachhochschullehrer mindestens drei Jahre als Fachhochschullehrer in der Lehre bewährt hat; Zeiten, die an einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Bildungseinrichtung im Sinne des § 44 des Fachhochschulgesetzes verbracht wurden, werden angerechnet.

(2) § 52 Abs. 2 Satz 2 des Fachhochschulgesetzes bleibt unberührt.

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 17. Mai 1973 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 23. Mai 1973

Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld
Der Hessische
Kultusminister
von Friedeburg

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur
Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung*)**

Vom 23. Mai 1973

Artikel 1

§ 1 Abs. 2 des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) vom 6. Februar 1962 (GVBl. S. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 598), erhält folgende Fassung:

„(2) Verwaltungsgerichte bestehen

1. in Darmstadt für die Städte Darmstadt, Gießen und Offenbach am Main sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt, Dieburg, Gießen, Groß-Gerau, Odenwaldkreis, Offenbach, Vogelsbergkreis und Wetteraukreis,

2. in Frankfurt am Main für die Städte Frankfurt am Main und Hanau sowie die Landkreise Gelnhausen, Hanau, Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis und Schlüchtern,
3. in Kassel für den Regierungsbezirk Kassel,
4. in Wiesbaden für die Stadt Wiesbaden sowie die Landkreise Biedenkopf, Dillkreis, Limburg, Oberlahnkreis, Rheingaukreis, Untertaunuskreis und Wetzlar.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 23. Mai 1973

Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Minister der Justiz
Hemfler

*) Ändert GVBl. II 212-5

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Hessisches Ausführungsgesetz
zum Bundesausbildungsförderungsgesetz*)**

Vom 23. Mai 1973

§ 1

Ämter für Ausbildungsförderung

(1) Die Aufgaben des Amtes für Ausbildungsförderung gemäß § 39 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 26. August 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1409) werden von den kreisfreien Städten und den Landkreisen als Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahrgenommen. Die beauftragten Stellen führen in Wahrnehmung dieser Aufgaben die Bezeichnung „Amt für Ausbildungsförderung“.

(2) Für Auszubildende, die ihren ständigen Wohnsitz im Geltungsbereich des Bundesausbildungsförderungsgesetzes haben und eine Ausbildungsstätte in Griechenland, Jugoslawien oder Zypern oder in der Stadt Paris besuchen, ist gemäß § 45 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 6 der Zuständigkeitsverordnung vom 27. Oktober 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1699) das Amt für Ausbildungsförderung der Stadt Marburg a. d. Lahn örtlich zuständig. Das gilt auch für unter § 1 Abs. 2 der genannten Verordnung fallende Auszubildende.

§ 2

Landesamt für Ausbildungsförderung

(1) Die Aufgaben des Landesamtes für Ausbildungsförderung gemäß § 39 Abs. 4 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes nimmt der Kultusminister wahr.

(2) Das Landesamt für Ausbildungsförderung ist zuständig für Entscheidungen

1. nach § 2 Abs. 2 und § 3 Abs. 4 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes,
2. nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Ausbildungsförderung für die Teilnahme an Vorkursen zur Vorbereitung des Besuchs von Kollegs und Hochschulen vom 6. September 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1542),
3. nach § 1 Abs. 2 der Kirchenberufe-Verordnung vom 8. Juni 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 885).

(3) Das Landesamt für Ausbildungsförderung ist ferner für Entscheidungen nach § 3 Abs. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zuständig, solange diese Aufgabe nicht der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht in Köln zugewiesen worden ist.

*) GVBl. II 73-5

§ 3

Fachaufsicht

Fachaufsichtsbehörde der Ämter für Ausbildungsförderung ist der Regierungspräsident.

§ 4

Oberste Fachaufsicht

Oberste Fachaufsichtsbehörde ist der Kultusminister.

§ 5

Förderungsausschüsse

(1) Die Mitglieder des Lehrkörpers und die Vertreter der Auszubildenden in den Förderungsausschüssen nach § 42 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes werden von dem zuständigen zentralen Kollegialorgan der Ausbildungsstätte mit der Mehrheit seiner Mitglieder in geheimer Wahl für vier Jahre gewählt. Für jedes Wahlmitglied soll ein ständiger Vertreter gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig. Der Antrag auf Abberufung eines Gewählten bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten.

(2) Fehlt ein Kollegialorgan nach Abs. 1, so werden die Wahlmitglieder der Förderungsausschüsse von den hauptamtlich und hauptberuflich Lehrenden und den ordentlichen Studierenden der Ausbildungsstätte in freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Abs 1 gilt im übrigen entsprechend.

(3) Soweit die Satzung einer öffentlichen Hochschule das Wahlverfahren für vergleichbare Wahlen regelt, sind diese Verfahrensregeln entsprechend anzuwenden. Im übrigen regelt der Kultusminister das Wahlverfahren.

(4) Die Wahlmitglieder des Förderungsausschusses, der nach § 42 Abs. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bei dem in § 1 Abs. 2 genannten Amt für Ausbildungsförderung eingerichtet worden ist, werden an der Philipps-Universität in Marburg a. d. Lahn nach Abs. 1 und 3 gewählt.

(5) Die gewählten Mitglieder und die Vertreter des Amtes für Ausbildungsförderung werden in die Förderungsausschüsse bei öffentlichen Hochschulen vom Präsidenten oder vom Rektor berufen. Im übrigen ist für die Berufung und für die Abberufung der Mitglieder der Förderungsausschüsse das Landesamt für Ausbildungsförderung zuständig.

§ 6

Kassengeschäfte

Die zentrale kassenmäßige Abwicklung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz obliegt der Oberfinanzkasse in Frankfurt am Main.

§ 7

Verwaltungskosten

(1) Der Ausgleich der den kreisfreien Städten und den Landkreisen durch dieses Gesetz entstehenden Kosten wird im Rahmen des Finanzausgleichs geregelt.

(2) Das Land Hessen erstattet der Stadt Marburg a. d. Lahn alljährlich nachträglich die notwendigen Kosten, die ihr in Durchführung des § 1 Abs. 2 entstehen.

§ 8

Übergangsregelung

Der Kultusminister kann abweichend von § 61 Abs. 1 Satz 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bestimmen, daß eine Hochschule die Aufgaben des Amtes

für Ausbildungsförderung für mehrere Hochschulen wahrnimmt und daß die Hochschulen die Studentenwerke zur Durchführung der von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben heranziehen.

§ 9

Aufhebung bisherigen Rechts

Das Hessische Ausführungsgesetz zum Ausbildungsförderungsgesetz vom 15. Juli 1970 (GVBl. I S. 439)¹ wird aufgehoben.

§ 10

Ermächtigung

Der Kultusminister erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen im Einvernehmen mit den beteiligten Fachministern.

§ 11

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 23. Mai 1973

Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Kultusminister
von Friedeburg

¹) GVBl. II 72-34

Verordnung
über die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung
von Ordnungswidrigkeiten nach § 18 des Abfallbeseitigungsgesetzes*)

Vom 21. Mai 1973

Auf Grund des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 481), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 157), wird verordnet:

§ 1

Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 18 des Abfall-

beseitigungsgesetzes vom 7. Juni 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 873) ist der Kreis-
ausschuß des Landkreises oder der Magistrat der kreisfreien Stadt, zu deren Nachteil die Ordnungswidrigkeit begangen worden ist.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 21. Mai 1973

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Osswald

Der Minister für Landwirtschaft
und Umwelt
Dr. Best

^{*)} GVBl. II 89-2

**Anordnung
über Zuständigkeiten nach der Druckluftverordnung*)**

Vom 21. Mai 1973

Auf Grund des § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen, Organisationsanordnungen und Anstaltsordnungen vom 2. November 1971 (GVBl. I S. 258) wird bestimmt:

§ 1

Zuständige Behörde nach § 13 der Druckluftverordnung vom 4. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1909) ist der Sozialminister.

§ 2

Zuständige Behörden nach § 6, § 8 Abs. 1 und 2, § 12 Abs. 1, § 15 Abs. 1

und 2, § 18 Abs. 2 der Druckluftverordnung sind die Regierungspräsidenten.

§ 3

Zuständige Behörden nach § 3 Abs. 1 und 3, § 5, § 7 Abs. 4, § 16 Abs. 1, § 17 Abs. 1 der Druckluftverordnung sind die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter.

§ 4

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 21. Mai 1973

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Osswald

Der Sozialminister
Dr. Schmidt

*) GVBl. II 91-20

**Verordnung
über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren
bei Organschaftsverhältnissen*)**

Vom 4. Mai 1973

Auf Grund des § 17 Abs. 2 Satz 4 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 30. August 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1426) und § 1 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung nach § 17 Abs. 2 des Finanzverwaltungsgesetzes vom 28. April 1972 (GVBl. I S. 103) wird verordnet:

§ 1

(1) Für die Besteuerung der Organgesellschaft und des Organträgers ist grundsätzlich das Finanzamt zuständig, in dessen Bezirk sich die Geschäftsleitung des Organträgers befindet.

(2) Ist ein Einzelunternehmen Organträger, so ist für die Besteuerung der Organgesellschaft das Finanzamt zuständig, das für den Organträger zuständig wäre, wenn er die Rechtsform der Körperschaft hätte. Diesem Amt wird ferner die Zuständigkeit für die Veranlagung

der Umsatzsteuer, für die Festsetzung des einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrags und für die Feststellung des Einheitswerts des Betriebsvermögens des Einzelunternehmens übertragen.

(3) Ist eine Personengesellschaft im Sinne des § 15 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes Organträger, so ist für die einheitliche und gesonderte Feststellung der einkommen- und körperschaftsteuerpflichtigen Einkünfte aus Gewerbebetrieb, für die Festsetzung des einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrags und für die Veranlagung der Umsatzsteuer des Organträgers sowie für die Besteuerung des Organs das Finanzamt zuständig, das zuständig wäre, falls der Organträger die Rechtsform der Körperschaft hätte.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 4. Mai 1973

Der Hessische Minister der Finanzen
Reitz

*) GVBl. II 42-30

Anordnung
zur Übertragung der Entscheidungsbefugnis nach § 27 der
Hessischen Laufbahnverordnung im Geschäftsbereich des
Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik^{*)}

Vom 16. April 1973

Auf Grund des § 27 der Hessischen Laufbahnverordnung (HLVO) in der Fassung vom 16. Dezember 1971 (GVBl. I S. 317; 1972 S. 80) wird bestimmt:

§ 1

Die Entscheidungsbefugnis nach der Hessischen Laufbahnverordnung,

1. den regelmäßigen Vorbereitungsdienst nach § 8 Abs. 3 HLVO zu verlängern,
2. Tätigkeiten nach § 8 Abs. 4 Satz 1 und 2 HLVO auf den Vorbereitungsdienst anzurechnen,
3. Angestellten und Arbeitern, die sich mindestens zwei Jahre ununterbrochen im öffentlichen Dienst bewährt haben, diese Zeit als Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des einfachen Dienstes anzurechnen (§ 8 Abs. 5 HLVO)

wird

dem Hessischen Landesamt für Straßenbau,
 der Hessischen Eichdirektion,
 dem Hessischen Landesvermessungsamt und
 den Regierungspräsidenten

für ihren Geschäftsbereich übertragen.

§ 2

Die Entscheidungsbefugnis nach der Hessischen Laufbahnverordnung, für Be-

amte des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes,

1. die Probezeit

- a) nach § 25 Abs. 2 Satz 1 HBG in Verbindung mit § 3 Abs. 4 HLVO abzukürzen,
- b) nach § 3 Abs. 6 HLVO zu verlängern,

2. Tätigkeiten

nach § 25 Abs. 2 Satz 2 HBG in Verbindung mit § 3 Abs. 5 HLVO auf die Probezeit anzurechnen

wird

dem Hessischen Landesamt für Straßenbau,
 dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung,
 dem Hessischen Oberbergamt,
 der Hessischen Eichdirektion,
 dem Hessischen Landesvermessungsamt und
 den Regierungspräsidenten

für ihren Geschäftsbereich übertragen.

§ 3

(1) Die Erlasse vom 6. November 1969 (StAnz. S. 1936)¹⁾ und vom 30. Januar 1970 (StAnz. S. 462)²⁾ werden aufgehoben.

(2) Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 16. April 1973

Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Technik
 Karry

^{*)} GVBl. II 322-64
¹⁾ GVBl. II —
²⁾ GVBl. II —

**Anordnung
über die Zuständigkeiten bei der Ernennung, Abordnung und
Versetzung der Beamten des Landes Hessen und der
Beendigung des Beamtenverhältnisses im Geschäftsbereich
des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik*)**

Vom 16. April 1973

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 2 Abs. 3 der Verordnung über die Zuständigkeiten bei der Ernennung, Abordnung und Versetzung der Beamten des Landes Hessen und der Beendigung des Beamtenverhältnisses vom 30. September 1963 (GVBl. I S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 2. November 1971 (GVBl. I S. 258), wird bestimmt:

§ 1

Die Befugnis,

1. Beamte des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 11 zu ernennen sowie für sie das Einverständnis zur Abordnung und Versetzung in ihren Geschäftsbereich gemäß § 30 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) und § 123 Abs. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) zu erklären,
2. Beamte des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 15 zu entlassen und in den Ruhestand zu versetzen,
3. Beamte des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 11 gemäß §§ 28 bis 30 HBG und § 123 BRRG zu einem anderen Dienstherrn abzuordnen und zu versetzen,
4. bei Beamten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes ein Beamtenverhältnis auf Probe in ein solches auf Lebenszeit umzuwandeln

wird

dem Hessischen Landesamt für Straßenbau,
dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung,
dem Hessischen Oberbergamt,
der Hessischen Eichdirektion,
dem Hessischen Landesvermessungsamt und
den Regierungspräsidenten
für ihren Geschäftsbereich übertragen.

§ 2

Die Befugnis,

1. Beamte im Vorbereitungsdienst des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes zu ernennen und zu entlassen sowie für sie das Einverständnis zur Abordnung und Versetzung in ihren Geschäftsbereich gemäß § 30 HBG und § 123 Abs. 2 BRRG zu erklären,
2. Beamte im Vorbereitungsdienst gemäß §§ 28 bis 30 HBG und § 123 BRRG zu einem anderen Dienstherrn abzuordnen und zu versetzen

wird

dem Hessischen Landesamt für Straßenbau,
der Hessischen Eichdirektion,
dem Hessischen Landesvermessungsamt und
den Regierungspräsidenten

für ihren Geschäftsbereich übertragen.

§ 3

Die Befugnis, Beamte des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 14 innerhalb ihres Geschäftsbereiches abzuordnen und zu versetzen, soweit es sich im höheren Dienst nicht um die Wahrnehmung von Dienstgeschäften eines Dienststellenleiters handelt,

wird

dem Hessischen Landesamt für Straßenbau,
dem Hessischen Oberbergamt,
der Hessischen Eichdirektion und
dem Hessischen Landesvermessungsamt

übertragen.

§ 4

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 16. April 1973

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
Karry

*) GVBl. II 322-65

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Vergabe
von Studienplätzen*)**

Vom 8. Mai 1973

Gemäß Art. 1 Abs. 3 des Gesetzes vom 4. April 1973 zu dem Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 20. Oktober 1972 (GVBl. I S. 135) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Staatsvertrag nach seinem Art. 16 Abs. 1 am 1. Mai 1973 in Kraft getreten ist.

Wiesbaden, den 8. Mai 1973

Der Hessische Ministerpräsident
Osswald

*) Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 131

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens über die einheitliche
Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst
und über die Polizei-Führungsakademie*)**

Vom 15. Mai 1973

Nachdem inzwischen alle Länder ihre Bestätigungsurkunde beim Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hinterlegt haben, wird gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes zu dem Abkommen über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie vom 15. Dezember 1972 (GVBl. I S. 412) hiermit bekanntgegeben, daß das Abkommen am 1. Januar 1973 in Kraft getreten ist.

Wiesbaden, den 15. Mai 1973

Der Hessische Minister des Innern
Bielefeld

*) Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 123